

legenheiten der Kirche wesentlich beschränkt (S. 2).
ist keine staatliche Genehmigung mehr zu kirchlichen Grundstücksverkäufen nötig, so hat die Kirche das Recht, frei nach eigener Entscheidung Kirchenämter zu schaffen, aufzuheben, zu besetzen.
Wenigstens Prof. Dr. Fleischmann sich lediglich auf Festhaltung der Zustände und Zusammenhänge beschränkte, ohne in eine kritische Würdigung des heutigen Verhältnisses der Kirche und Staat oder nennenswerte politische Wertung einzutreten, wurde aus seinem Vortrag, und zwar namentlich gerade durch seine Zurückhaltung, dem zugleich kirchlich und politisch interessierten Hörer doch zum Erstaunen deutlich, wie stark und gewinnbringend für die Kirche bei der Neuorganisation des Reiches die Zentralisierung der Zentralverwaltung gemeint ist. Wenn dabei auch der Protestantismus zugunsten zu größeren Rechten und Freiheiten gekommen ist, so konnte die katholische Kirche das ruhig mit in Kauf nehmen, hat sie doch durch die Zentralisierung einen so starken Einfluss auf unsere Politik, daß sie sich für die bisherige Unterordnung der Sozialdemokraten auf anderen Gebieten mehr als uns Protestanten ermuntert sein kann, beharren lassen konnte.
So befragt auch dieser streng laotische Vortrag die bedeutungsschweren Tatsachen, daß in der Revolution kaum ein den verbündeten Sozialismus und damit zugleich über den Protestantismus gefügt hat.

Im Hinblick an die mit großem Beifall aufgenommenen Ausführungen von Prof. Dr. Fleischmann sprach Schriftleiter Gustafsmid über den neuen Aufbau der protestantischen Kirche, worüber wir demnächst näheres zu bringen hoffen. Nur auf die eine wesentliche Neuerung, die auch Gustafsmid besonders betonte, sei hier schon hingewiesen: das ist die soziale Betätigung, besonders auf dem Gebiete der Jugendhilfe, ausgedrückt in den Missionen der Kirche einbezogen worden ist.

Auf dem Vortrage der Christlich-sozialen Partei Bayerns in Würzburg wurde einstimmig beschlossen, die Christlich-sozialen Partei, die bei den Reichstagswahlen mit dem Zentrum verbunden war, als selbständige Partei weiterzuführen.

Kaiserin Jita soll auf den Thron verzichten.

Die Hofgesellschaften hat drei Delegierte, einen Engländer, einen Franzosen und einen Italiener nach Lequetin, dem gegenwärtigen Aufenthalt der Kaiserin Jita, entsandt, um von ihr eine bündige Erklärung zu verlangen, ob sie gewillt ist, auf ihre Ansprüche auf den ungarischen Thron zu verzichten. Sollte die Kaiserin Jita keine zurückweisende Antwort geben, so ist beabsichtigt, die Kaiserin nach Madeira zu verbannen.

Deutschenverfolgung in Südrussland.

Mehrere Blätter melden aus Moskau, daß der Abgeordnete der russischen Duma, Dr. Kraft, sowie die Abgeordneten Groß I und Dergal in Nowaja, wo sie in einem Automobil eingefangen waren, von Mitgliedern der Jugendorganisation der Radikalen Partei „Smaragd“ angegriffen und mit Sägen herumgeschlagen worden sind. Dr. Kraft wurde am Hals schwer verletzt. Wie in oppositionellen Kreisen verlautet, soll keine Verwendung lebensgefährlich sein. Die beiden anderen deutschen Abgeordneten erlitten leichtere Verletzungen. Der Abgeordnete der Deutschen Partei gegen den Reichstag einen scharfen Protest wegen des Überfalls auf den russischen Innenminister.

25 Bräute.

Ein Schmelzroman von Wilhelm Berber.
24. Fortsetzung. Nachdruck verboten.
Zeit empfahl sich in der Nähe des Geschäftes und schlüpfte, als die Mutter die Tür öffnete, heimlich der Tochter zu. „Morgen!“
Sie war über so viel Frechheit auf das tiefste empört, nahm sich aber noch für alle Fälle vor, die Flucht mit Otto erst für morgen abend anzulegen und noch einmal zu beschwören zu kommen, um zu fragen, was der Herr über die Sache zu sagen hätte. Auf den untersten Grund ihrer Seele kauernte noch eine ganz kleine, kleine Hoffnung.
„Sch! dich!“ meinte ihre Mutter freudlich, als sie den Laden betreten hatten. „Sch muß dich eines Tages, was dir vieles erklären wird: Er will mich betreten!“
„Mein nicht!“ rief Mia mit flammernder Entrüstung und sprang auf.
„Mein, nicht!“ sagte eine spitze, scharfe Stimme — und Frau Mathilde kam in der Abendstunde. „Sch bin gekommen, um zu fragen, was Sie mit dem Mann herumlaufen haben, denn ich schenke einen Anzug meines Bekannten gab, daß er — wahrhaftig auf Sie!“
„Ankunft — heute nicht mehr trägt.“
„Eine fürchterliche Szene zu dreien folgte, von der Zeit keine Ahnung hatte.“
Er verbrachte die nächste Stunde in roter Raune mit Zu in der Kinnbar und verbrachte ihr, mit einem bekannten Dichter zu reden, der ihr eine glänzende Filmmolie auf den Bein schreiben würde. Allerdings müßte sie darin wahrscheinlich aus einem Ringzug ins Wasser springen, weil das die höchste Waffe sei.
Zu fuhr zwar bei dem großen Schwarm ihrer Fremdbinden sofort jeden Teil voll-

Die Finanzlage des Reiches.

Rede des Reichsfinanzministers v. Schlieben.

Die gestrige Sitzung des Haushaltsausschusses des Reichstages wurde mit einer Rede des Reichsfinanzministers v. Schlieben eröffnet, der eine

eingehende Schilderung der finanziellen Lage gab.

Dem System der Kontingentierung der Reizausgaben in Verbindung mit einer günstigen Entwidlung der Steuereinnahmen sei es gelungen, die Finanzwirtschaft wieder in Ordnung zu bringen. Der Minister würdigte durchaus die Klagen der Wirtschaft über zu starke steuerliche Eingriffe, hob aber den Zwang hervor, unter dem die Reichsfinanzverwaltung gehandelt habe.

Die Einnahmen aus Zöllen und Steuern hätten in den Monaten April bis Dezember gegenüber dem Anschlag ein mehr von 1360 Millionen Mark erbracht, wovon dem Reich rund 800 Millionen verblieben. Zugüglich der Einnahmen aus der Münzprägung verfiere das Reich über Mehreinnahmen von etwa 1200 Millionen Mark. Nach Abzug des ungedeckten Fehlbetrages im Haushaltsentwurf für 1924 verbleibe dem Reich die jetzt

ein rechnermäßiger Reinerüberschuss von 940 Millionen Mark.

Der Minister gab dann Auskunft über die Verwendung dieser Leberüberschüsse, denen teils erzielte, teils zu erzielende Verpflichtungen des Reiches gegenüberständen, deren Höhe die Leberüberschüsse noch um etwa 140 Millionen Goldmark überstiege. Zu diesen Verpflichtungen gehörten u. a. der Rückkauf der Goldanleihe, der jetzt größtenteils beendet sei, Verpflichtungen aus den Darlehensoperationen, aus Anlaß der gemachten französisch-belgischen Solange nahmen im besetzten Gebiet, aus der Abwicklung des passiven Widerstandes usw.

Die Reichsregierung sei ebenso wie die Ruhrindustrie darauf bedacht, den Liquidations- und Geldschmelzungen zu helfen. Den dringenden Bedürfnissen der Geschädigten solle durch Wirtschaftsbeteiligungen und Darlehen zum Wiederaufbau ihrer Existenz abgeholfen werden. Abschließende Maßnahmen seien aber erst möglich, wenn die Verhandlungen mit den Alliierten wegen der Liquidationsfrage beendet sind.

Soweit die Dinge zurzeit überblickt werden können, wird

das laufende Haushaltsjahr 1924 am 31. März 1925 ohne Defizit

abschließen. Es ist damit zu rechnen, daß Leberüberschüsse nicht mehr vorhanden sein werden, mit Ausnahme eines Betrages von 140 bis höchstens 200 Millionen Mark, der den Betriebsfonds der Reichshauptstadt darstellt. Der Gedanke, daß das Reich gegenwärtig im Gelde schwimme, entbehre jeder inneren Berechtigung. Es sei lediglich eine Atempause eingetreten.

Der Finanzminister berührte dann

die Beamten- und Aufwertungsfragen.

Er stellte fest, daß die Beamtenhäufung als wichtigste Stütze des Staates jederzeit dienstlich und dienstfreudig erhalten werden müsse. Er kündigte eine zweite Änderung der Personalabbaurechnung an. Nachdem der Personalabbau mit Ende Dezember vorigen Jahres sein Ende erreicht habe, soll die Anwendbarkeit der Abbauarartikel beschränkt werden.

Die Aufwertungsfrage dürfe nicht allein vom fiskalischen Interesse behandelt werden. Auch die Förderung sozialer Gerechtigkeit muß erfüllt werden unter Wahrung des Fortbestandes der wirtschaftlichen Kräfte. Die Aufwertung muß ihre Schranken in dem Leistungsvermögen der Wirtschaft finden.

Wie sich die Regierung die Lösung der Aufwertungsfrage denkt, werde aus dem dem Reichstag zugehenden Gesetzentwurf zu ersehen sein. Jedenfalls müsse die Lösung für die Wirtschaft endgültig sein. Andernfalls würde immer wieder Beunruhigung in die hineinragen und ihre Arbeits- und Kreditfähigkeit beeinträchtigt werden.
Soweit Leistungen in Verbindung mit der Aufwertung der öffentlichen Anleihen möglich sind, werden mit an erster Stelle solche Personen oder Anstalten zu berücksichtigen sein, die dem Vaterlande in der Zeit der höchsten Not ihre Erparnisse oder Mittel zur Verfügung gestellt haben. Und unter den hier zu berücksichtigenden Personen verdienen wiederum die

eine Sonderbehandlung.

die durch die Entwertung von Kapital und Zinsen in Not geraten sind. Ein Anspruch auf Berücksichtigung ist ferner denen zuzuerkennen, die unter dem Zwang der Rechtsvorschriften noch in der Zeit der Geldentwertung öffentliche Anleihen erworben haben.

Entscheidende Bedenken würden dagegen bestehen, daß an den Vorteilen, die den schwer geschädigten Anleihegeheimern geboten werden können, solche Kreise — zum Beispiel der Verlustträger — teilnehmen, die in passiverer Absicht in der Inflationsperiode mit geringen Mitteln große Anleiheposten gekauft haben.

Der Finanzminister bekräftigt dann

die Einnahmemaßnahmen des Etats.

Sie sind abhängig von der künftigen Gestaltung der Steuererhebung, von dem Aufkommen aus den Steuern und von der Regelung des Finanzausgleichs. Die Steuererhebung werden in den nächsten Tagen dem Reichstag und dann dem Reichstag zugehen. Sie sollen nicht größerer Steuerlasten aus der Wirtschaft herausziehen, sondern die aus der Inflationszeit stammenden übermäßigen Belastungen ab-

auf den wicklichen Ertrag der Wirtschaft rückgeführt werden.

Schwerer sei die Frage der Umkehrsteuer. Eine Entwertung würden etwaige Verträge aus Verbrauchsausgaben leicht verschlingen.

Bezüglich der Steuereinnahmen brauche eine gewisse Zuverlässigkeit nicht ausgeschlossen werden. Die Wirkung des Finanzausgleichs sei für schwerer zu schätzen. Es werde zu prüfen sein, ob nicht im System der Beteiligung der Länder und Gemeinden eine Änderung zu erfolgen hat. Der Finanzminister schloß die möglichen Steuererinnahmen für das kommende Rechnungsjahr und auch für das folgende auf rund 6 Milliarden, wovon aber 2 Milliarden für die Länder und Gemeinden bestimmt sind. Mehr als 4 Milliarden werden also für das Reich nicht zur Verfügung stehen, so lange nicht die Wirtschaft einen sehr wesentlichen Aufschwung nimmt und damit die Erträge automatisch steigen.

Über auch

die Reparationslasten

dürfen nicht vergessen werden. Die fort-

dauernden Ausgaben werden in den nächsten fünf Jahren kaum unter 2500 bis 2700 Millionen Mark jährlich zu halten sein. Neue Ausgaben können ständig dauntreten. Der Gesamtbedarf des Reiches wird mit etwa 4 Milliarden im Jahre 1925 beginnen und bis zum Jahre 1930 auf mindestens 4000 Millionen steigen. Das sei ein außerordentlich trübes Bild.

Ueber die Gesamtlage zur Entschädigung der Bevölkerung an Ruhr und Rhein werde dem Reichstag bald eine eingehende Denkschrift vorgelegt werden. Die Wirtschaft des besetzten Gebietes bedürfe unter den Nachwirkungen des Ruhrkampfes einer Aufwertung, um über den toten Punkt hinweg zu kommen. Wenn jetzt die Wirtschaft des besetzten Gebietes erhebliche Geldsummen zuzuführen, so sei das nur ein knapper Ersatz für die Stillruhe, die ihr durch die erzwungenen Reparationsleistungen zugefügt worden ist.

Zu dem Ende stelle der Finanzminister fest, daß wir jetzt in finanzieller Beziehung an einem Wendepunkt

stehen und daß daher der Etatsberatung eine besondere Bedeutung zukomme. Es handele sich darum, ob die Rettung unseres Vaterlandes, welche nur fünf Viertel Jahren noch in letzter Stunde durch das sogenannte „deutsche Wunder“, die Schaffung der Rentenmark, gelungen ist, eine völlige werden soll, oder ob wir uns der Gefahr auslegen wollen, in nicht zu ferner Zeit der Gefahr eines ähnlichen Zusammenbruchs wie im November 1923 entgegenzugehen. Diese Gefahr könne nur beseitigt werden, wenn auf der einen Seite durch häufige Verabschiedung der demnächst dem Reichstag zugehenden Steuererhebung Reich, den Ländern und Gemeinden das gegeben werde, was sie zum unmittelbaren Lebensbedarf unbedingt benötigen und indem man auf der anderen Seite sich bei Beratung der Anträge zum Etat und der sonst gestellten Anträge diejenige Beschränkung auferlege, welche zur dauernden finanziellen Befriedung des Deutschen Reiches unerlässlich sei.

Der Minister appellierte an das Vaterlandsgelühl aller Parteien des Reichstages, der Reichsregierung mit allen Kräften zu helfen, das Ziel der endgültigen finanziellen Rettung unseres Vaterlandes zu erreichen. Es handle sich hierbei nicht um Parteifragen, sondern um die Frage von allgemeiner volkswirtschaftlicher Bedeutung, auf die jede Partei mitzukämpfen müsse. Der Minister schloß: Wir haben einen ersten Grund zum Optimismus, wenn wir die Reichsfinanzen schonend behandeln, aber auch nicht um übertriebenen Optimismus. (Beifall.)

In der Aussprache zog u. a. Abg. Dr. Sergt (Dn.) aus den Leberüberschüssen den Schluß der Überhebung des Steuerwesens, unter der die Wirtschaft, Arbeitgeber und Arbeitnehmerhaft, zu leiden hätte.

Abg. Dr. Bremer (Dt. Sp.) trat dafür ein, daß die Länder und Gemeinden wieder größere finanzielle Selbstständigkeit erhalten sollten, ohne daß dadurch die Einheitspflicht der Steuererhebung im Reichslande dürfe. Die Erfüllung der sozialen Aufgaben und die Aufbesserung der Beamtenhäufung müßten sichergestellt werden. Die Umkehrsteuer könne jenseitig ermöglicht werden, das sei Einnahmemaßnahme nicht ganz verneinend. Die Einkommensteuer dürfe auf der einen Seite die Bildung neuer Kapitalisten nicht verhindern, müsse aber auf der anderen Seite die unteren Klassen entlasten, die schon durch die indirekten Steuern hart belastet seien.

hüpfen würde für einen Baron, der ihnen eine Rolle auf den Leib schreiben ließ. Sie sagte daher begeistert zu.

Worin gingen sie miteinander in den Reichstag, wo er mit ihr Reden flatterte, weil er mit ihr ausreden wollte und es überhaupt im Interesse seiner Zukunft erachtete, auf dem Rücken dieser edlen Tiere einigen Beiseid zu wissen.

Wie er später allein durch die Straßen ging, von der Aktion nicht unbefriedigt, nur ein wenig lebensfähig, da begegnete ihm Julia, die Suzanne, an der sein Herz hing.
„Du bist aber feier“, sagte sie mit traurigem und überglückseligen Glanz. „Wo hast du das Zeug her?“
Er wollte flunkern. Aber sie ließ ihn nicht zu Worte kommen. „Sch einmal mit mir!“ verlangte sie.

Für sie war er zu dielen bereit. „Möhen?“ fragte er daher nur, fast schüchtern.
„Zu Schbille“, antwortete sie. „Es ist meine Maßregel. Ich will einmal wissen, wie wir miteinander daran sind, daß nicht wieder eine Dummheit dabei herauskommt.“

Wie viele höchst aufgeführte Menschen, hatte er eine gewisse Scheu vor allem Weiblichen. Denn fast kein Mensch ist ganz von Überglanz frei — am wenigstens jene, die anderen allerdings zu glauben zumuten.
Aber Julia widerstehen — das konnte er nicht.

So ging er mit.

hatte, die rechten Hände vor sich ausbreiten und studierte die geheimnisvollen Linien, die Natur und Schicksal darin eingeschrieben hatten.

„Sie haben viel Gemeinsames“, sagte sie. Das freute Julia insgeheim, und auch Bullig war es wohl.
Dann folgte sie mit unmerklichem Zeigefinger gewissen Spuren in seiner Redten.
„Diese Aufstellungen“ — murmelte sie — „diese außerordentlich schätzbaren Verhältnisse!“

„Was sind das für Verhältnisse?“ fragte Julia miträuflich.
Schbille sah aus tiefen Gedanken auf. „Das sind Verhältnisse, die auf ein reiches, vielen Einflüssen unterworfenes Innenleben deuten.“
„Stimmt!“ sagte Julia trocken. „Auch Außenleben. Es hat sich schon immer sehr verhalten.“

„Aber hier!“ Die Zukunftspredikerin nahm Weiss warme Hand und hob sie mehr gegen das Licht.
Die beiden waren sehr gespannt. Sein Gemühen krümmte sich. Er wäre lieber draußen gewesen. Das Frauenzimmer war ihm unendlich wie ein Verhängnis. In beiden hatten Heberkassungen.

Hier ist eine kräftige Bitte von fremder Energie, die all dieses Weltvergnügen zusammenfaßt und zu einem sicheren Ende führt.“
„Das bin ich“, dachte Julia in stiller Freude.

„Ich bin's“, rief Schbille. Der Mann interessierte sie immer lebhafter.
„Am Ende ist es der Staatsanwalt“, erzwang Bullig, dem immer abnungsvoller zu Mure wurde. Jedenfalls war Schbille ein Faktor, mit dem man rechnen mußte. Sie konnte

Gefahren bringen und abwenden. Man muß sie zu gewinnen versuchen.

Er zeigte ihr insgeheim unter seine Aufwandszügeln ein und brannte danach, mit ihr allein zu bleiben.
„Sie legen ihre Hand auf den Tisch und ergriffe die Julia.“

„Hier ist alles klar und schlüssig. Eine treue Hand. Ein schöner glatter Lebensweg. Hohes Alter, Gesundheit, Reich, heitere Raune, Offenheit.“

„Sie sind. Da...
„Was ist das?“
„Da ist eine Wendung, vor der Sie sich hüten müssen.“
„Also doch er?“ überlegte die Zukunftsprophetin. „Sei vorsichtig, Julia!“

„Es steht in Ihrer freien Wahl, ob Sie den geraden Weg gehen wollen oder sich auf Seitenbahn begeben, die verlockend, aber gefährlich sind.“
„Was soll ich tun?“
Die beiden Frauen schauten einander einen Augenblick fest ins Gesicht.

„Ich würde gerades gehen“, sagte Schbille dann langsam und nachdrücklich.
„Ich danke.“ Julia schloß sich enttäuscht.
„War richtig.“ Der gerade Weg war immer der beste. Aber es wurde sie doch etwas in den Seitenpfaden. Sie hatte im Grunde Zeit wirklich gern.

Die Sitzung war zu Ende. Mitternacht besaßte er.
„Während sie sich gemeinsam über das Geld beugten und einander unwillkürlich anfasen, lud ihn der Blick Schbilles ein: „Komm allein wieder!“
„Ich komme schon“, versprach der seine. (Fortsetzung folgt.)

